



30. Dezember 2019

**Bayerns Regierungsbeauftragter Spaenle: Wir müssen
Anstrengungen zur Prävention gegen Antisemitismus ausweiten –
Bildung und Erziehung entscheidend – Wir brauchen
zivilgesellschaftliche Bündnisse vor Ort**

**Erste Ergebnisse: Rund 70 staatliche Einrichtungen, Organisationen
und Vereinigungen haben sich 2019 der internationalen
Antisemitismus-Definition angeschlossen**

MÜNCHEN. „Wir müssen unsere Anstrengungen zur Prävention gegen Antisemitismus stärker ausweiten“, so der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle zu Ende des Jahres 2019. Bildung und Erziehung seien dabei langfristig entscheidend.

Für 2020 ruft Dr. Spaenle zu zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Antisemitismus vor Ort auf. „Wir können so die demokratischen Kräfte in Städten, Gemeinden und Landkreisen, die sich mit Jüdinnen und Juden solidarisch erweisen, stärker bündeln.“ Gute Beispiele gebe es in München und Nürnberg,

Dazu hat die von Dr. Spaenle ins Leben gerufene Initiative, dass staatliche Einrichtungen und Organisationen von Gesellschaft und Wirtschaft die internationale Antisemitismus-Definition annehmen sollen, eine Grundlage gelegt.

„Rund 70 Organisationen und Vereinigungen auf Landesebene haben sich 2019 intensiv mit der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) auseinandergesetzt und so Jüdinnen und Juden in Bayern ihre Unterstützung bekundet. Darunter befinden sich auch die Bayerische Staatsregierung, die kommunalen Spitzenverbände, die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft – vbw, der DGB, kirchliche Organisationen sowie die Bürgerallianz Bayern.“ Viele der Organisationen seien regional und lokal vertreten.

„Trotz dieses ersten Erfolges bei der Unterstützung der Arbeit gegen Antisemitismus durch staatliche Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen dürfen wir nicht nachlassen, proaktiv Antisemitismus vorzubeugen, ja wir müssen hier noch besser vorankommen. Die steigenden Zahlen von

antisemitischen Vorfällen und ihre Eskalation in Bayern, in Deutschland, in Europa wie auch in den Vereinigten Staaten müssen uns Warnung und Ansporn sein. Ein wichtiges Feld für die Prävention gegen Antisemitismus ist die schulische Bildung. Denn in Schulen können wir so viele Menschen erreichen wie nirgends anders“, so Dr. Spaenle. Für die schulische Bildung sowie die Lehrerbildung hatte Dr. Spaenle im Frühjahr erste Impulse gegeben. „Noch im Januar des Neuen Jahres will ich für die schulische Bildungsarbeit ganz konkrete Maßnahmen und Programme vorschlagen“, so Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle.

Regierungsbeauftragter Spaenle hatte vor nahezu genau einem Jahr, Ende 2018, eine proaktive gesellschaftliche Strategie gegen Antisemitismus gestartet. Er hat dafür geworben, dass Staat, Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen die Antisemitismus-Definition der IHRA als die deutlichste Form eines Bekenntnisses zugunsten von Jüdinnen und Juden in Deutschland aktiv annehmen.

Die Definition der IHRA lautet: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Dr. Ludwig Unger, Tel. mobil 01738632709